

## Klima, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit

### Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Horst Peter und Stefan Stache

Eine zwölfwägige UN-Konferenz in Kopenhagen brachte im Dezember 2009 die große Wende: Die weitere Aufheizung der Erde konnte kurz vor dem Point of no Return gestoppt werden. Der Klimaschutz bestimmt seitdem die Politiken in Washington, Berlin und Paris, und auch Beijing und Brazilia ziehen mit. Der Klimakollaps konnte abgewendet werden, weil sich die Weltgemeinschaft unter Führung des in letzter Minute im Kongresszentrum eingeflogenen Barack Obama für das Gute entschieden hat.

Eine solche imaginäre Betrachtung auf die aktuelle UN-Konferenz mag vielleicht für einen Kinofilm taugen, aber in der Realität wird ein solcher Verlauf selbst kühnsten Optimisten als zu schönfärberisch erscheinen. Dennoch spiegelt sich in dieser Beschreibung ein all zu oft anzutreffender Umgang mit internationalen Konflikten wieder – ein weltweiter Gipfel werde schon eine Lösung bringen.

Der Schutz des Klimas lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von nationalen und internationalen Themen, die in diesem Schwerpunkt von spw aufgegriffen und von der sozialdemokratischen Linken bearbeitet werden müssen. Die große Diskrepanz zwischen dem umfangreichen Wissen um den vom Menschen verursachten Klimawandel und dem zögerlichen Handeln verweist auf die Konflikthaftigkeit und die unterschiedlichen Interessenlagen in der internationalen Klimapolitik, die über alte Konfliktstellungen hinaus reichen. So wird beispielsweise auf der Südhalbkugel unter dem Stichwort Öko-Imperialismus auch von fortschrittlicher Seite diskutiert, inwieweit die internationale Umweltpolitik vor allem auf die wirtschafts- und

machtpolitischen Interessen des Nordens ausgerichtet und der Armutsbekämpfung sowie der Entwicklung im Süden hinderlich ist.

Aber zunächst zum Charakter der UN-Konferenz: Der Klimagipfel in Kopenhagen ist in der Reihe der Klimagipfel ein besonderer. Die KlimaexpertInnen sprechen von der letzten Gelegenheit, das 2 Grad-Ziel zu erreichen. Quasi die letzte Ausfahrt vor der Klimakatastrophe! Die nicht neoliberal infizierten ÖkonomInnen sehen in dem Weltklimagipfel auch eine Weltwirtschaftskonferenz. Die KlimaaktivistInnen verbinden Klimaschutz mit Klimagerechtigkeit zur Kampagne *Climate Justice Action* gegen Intensivlandwirtschaft und Landraub und für Reparationszahlungen des Nordens an den Süden, gewissermaßen zur Einführung eines völkerrechtlichen Verursacherprinzips. Die GlobalisierungskritikerInnen und auch die Linke wollen den Glaubwürdigkeitsverlust des neoliberalen Weltmarktmodells als Verursacher dreier Weltkrisen – der Finanzmarkt-, der Umwelt- und der Ernährungskrise – zur Durchsetzung neuer Spielregeln für die neoliberal dominierten internationalen Institutionen nutzen. Kurz: Unabhängig von den Ergebnissen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe soll der Gipfel insgesamt als Katalysator für eine neue gerechte und der Nachhaltigkeit verpflichtete internationale Politik wirken.

Soll der Gipfel von Kopenhagen, ähnlich wie zum Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle des Jahres 1999, zum Symbol für die Krise der internationalen Gipfeltreffen und die Stärkung des Widerstands von unten werden, so braucht es eine Verständigung über Strategien und Ziele. Hierzu ist die Marx'sche Analyse des realwirtschaftlichen Kerns der ka-



Foto: www.fotolia.com, © rgbospace

pitalistischen Produktionsweise aufzugreifen, wonach die Organisation der kapitalistischen Produktion nur für den Preis der Gefährdung der Sprinquellen allen Reichtums zu haben ist: der Erde und des Arbeiters. Da dieser Bezug in der Tradition der Arbeiterbewegung oft übersehen wurde, zitieren wir wörtlich den Schlusssatz des Abschnitts „Große Industrie und Agrikultur“ (Das Kapital, Band 1): „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Sprinquellen allen Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter.“ Wie wichtig Marx dieser Bezug auf die Realwirtschaft war, wird auch aus dem ersten Satz seiner Kritik am Gothaer Programm der SPD deutlich: „Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle des Gebrauchswertes (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur eine Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft“.

Für die politische Praxis der Linken und der Gewerkschaften kann sichere und gute Arbeit nur zugleich ökologisch verträgliche Arbeit sein, wie es bereits im Berliner Programm der SPD von 1989 beschrieben wurde. Es geht daher auch nicht um eine falsche Gegensätzlichkeit, um das Für und Wider des Wirtschaftswachstums. Milliarden von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern werden für eine solche Diskussion nicht zur Verfügung stehen, weshalb vielmehr die Durchsetzung eines ökologisch verträglichen Wachstumsmodells im Mittelpunkt stehen muss. Dringend geboten ist die Wiederbelebung der Debatten um die Qualität des Wachstums, der qualitativen Wachstumsfelder und der ressourcenspar-samen Lebensstile. Für die Wirtschaftswissenschaft ist es eine lohnende Aufgabe, einen neuen Wachstumsindikator zu entwickeln, der die Zerstörung von Umwelt und Ressourcen eben nicht als Zuwachs an Wohlstand darstellt. Ökologischer Umbau der Industrie heißt, eine weltweite Konversionsdebatte zu begin-

nen. Der Bogen reicht von der Effizienzrevolution in der Produktion, der Umstellung der energetischen Basis auf erneuerbare Energien, über ökologisch angepasste Mobilitätskonzepte – bis hin zur Aufgabe ökologisch nicht verträglicher Produktions- und Konsumptionslinien.

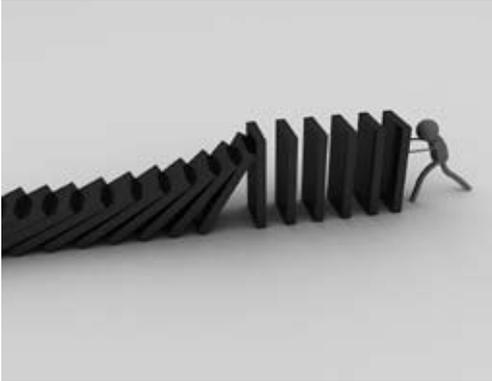
Eine rein defensive Betrachtung ist dabei nicht zielführend. Ökologisches Wachstum bedeutet schließlich auch, dass die Volkswirtschaften, die den ökologischen Umbau der Industrie konsequent und schnell angehen, die Nase vorn haben werden. Dieses Potential ist auch von der Kapitalseite erkannt worden. So formuliert beispielsweise der BDI-Hauptgeschäftsführer: „Klimaschutz: die Industrie hat Lösungen“ (FR vom 22.11.09) und macht deutlich, dass die hiesigen Unternehmen sich bei der Jagd um Anteile auf den grünen Märkten nicht abhängen lassen wollen. Für die fortschrittlichen Kräfte darf es in diesem Zusammenhang jedoch nicht um die bloße Generierung von Extra-Profiten gehen. Vielmehr müssen die Technologien des ökologischen Umbaus als im Kern globales öffentliches Gut über internationale Abkommen auch den Ländern des Südens zur Verfügung gestellt werden. Dieser Aufgabe muss die internationale Entwicklungszusammenarbeit stärker in den Blick nehmen. Auch marktwirtschaftliche Anreizsysteme wie z.B. Ökosteuern, die ökologisch echte Preise im Ferntransport- und Flugverkehr herstellen sowie der faire Emissionshandel, nehmen eine wichtige Funktion ein, auf die sich eine wirtschaftspolitische Umgestaltung jedoch ausdrücklich nicht beschränken darf. So wird eine nachhaltige Konversion nicht ohne Verbote und Ausstiege auskommen, etwa bei der Atomindustrie, die entgegen aller Imagekampagnen eben keine Lösung für die steigende CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre darstellt. Nötig ist vor allem eine aktive und auf ökologische Verträglichkeit ausgerichtete Industriepolitik, die der ökonomischen Entwicklung die sozial gewünschte Richtung vorgibt. Dieser Aspekt wurde in spw 1/2009 unter dem Stichwort New Deal aufgegriffen und hat seit-

dem zu einigen produktiven Diskussionen in der SPD-Linken und zu einiger Aufmerksamkeit in der kritischen Wissenschaft geführt.

Eine neue Weltordnungsdiskussion muss die strukturellen internationalen Abhängigkeiten aufbrechen. Deshalb ist ein abgestimmtes System der verschiedenen UN-Regime erforderlich, die insgesamt in ihren Handlungskompetenzen gestärkt, mit Sanktionsmöglichkeiten bei Vertragsverletzungen von Mitgliedsstaaten ausgestattet und in den Entscheidungsstrukturen demokratisiert werden müssen. Arbeit, Ökonomie, Umwelt und Nachhaltigkeit müssen zusammen gedacht werden. Unsere Autorinnen decken dabei die meisten der angesprochenen Aspekte mit ihren Beiträgen ab.

Michael Müller hält der Politik und dem finanzgetriebenen Kapitalismus den Spiegel des Versagens vor. Alle Fakten seien seit Jahren bekannt, aber die Politik und Interessenverbände hätten bis heute verharmlost und das, was zu tun sei, verschleppt. Kopenhagen müsse jetzt eine ökologische Revolution einleiten, wenn das 2 Grad-Ziel noch erreicht werden solle. Müller plädiert unter anderem für ein 50-Prozent Minderungsziel, konkrete Zwischenziele auf dem Weg dorthin sowie für einen globalen Finanzausgleich.

Dass die Konflikte um den Klimaschutz zwischen Schwellenländern und Industrieländern nicht festgefügt sein müssen, zeigt Jochen Steinhilber am Beispiel Brasiliens auf. So rückte das Land teilweise von seiner Position ab, bis Mitte des Jahrhunderts seinen Ausstoß von CO<sub>2</sub> nicht reduzieren zu müssen und zunächst die Vorleistung der entwickelten Industrieländer als Hauptverursacher bisheriger Verschmutzungen abzuwarten. Ende 2008 wurde auf der UN-Klimakonferenz in Posen erstmals ein nationaler Klimaplan mit (freiwilligen) fristgebundenen Emissionsminderungszielen vorgelegt. Das brasilianische Konzept setzt vor allem bei der Entwaldung an, die bis 2017 schrittweise um 72 Prozent gesenkt wer-



den soll – wobei die Wirksamkeit der Pläne und Instrumente Gegenstand heftiger Kritik von Nichtregierungsorganisationen sind. Steinhilber beschreibt, wie umstritten die neue politische Linie bis in das Regierungslager hinein ist.

Hans-Jürgen Burchardt geht von einer Welt im Umbruch aus: Die Auslöser zu einem Wandel der internationalen Politik sieht er in der internationalen Finanzkrise, dem Klimawandel und dem internationalen Aufrüsten sowie dem zunehmenden Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd. Dieses werde zur zentralen Konfliktachse des Weltsystems. Entwicklung neu denken hieße deshalb, sich von dem aus der Perspektive des Nordens gedachten Entwicklungsbegriff zu verabschieden, genauso wie von der Illusion des Demokratieexports als Lösungsstrategie.

Heidmarie Wieczorek-Zeul bezieht sich zur Begründung ihrer Vorschläge auf das Hamburger Programm der SPD. Die zentrale aktuelle Herausforderung sei es, den globalen Folgen der Klimakrise zu begegnen. Diese gefährdeten die Millenniumziele der UN zur Bekämpfung der Armut. Die Finanzkrise bezeichnet Wieczorek-Zeul als „Kapitalverbrechen“, das neue Regeln für den Kapitalverkehr erfordere. Die Globalisierung müsse endlich politisch gestaltet werden. Sie fordert einen Wirtschafts- und Sozialrat unter dem Dach der UN. Er solle von einem internationalen Expertenrat unterstützt werden, dem die Aufgabe der umfassenden Ri-

sikoanalyse zukommen sollte. Instrumente wie eine globale Finanztransaktionssteuer oder eine neue globale Reservewährung, wie sie die Stiglitz-Kommission vorgeschlagen habe, könnten Bestandteile einer Regulierung der Finanzmärkte sein.

Horst Peter sieht in der Gleichzeitigkeit der vom Kapitalismus verursachten Krisen die Chance, Nachhaltigkeit sowie ökologische und soziale Gerechtigkeit als Leitbild einer neuen internationalen Politik dem neoliberalen Weltmarktssystem entgegenzusetzen. Er sieht aber auch für die Sozialistische Internationale die Chance, die politisch prägende Kraft dieser Politik zu werden. Nach dem Vorbild der Nord-Süd Kommission von Willy Brandt könnte sie anstreben, in einer Kommission zur „Nachhaltigen, ökologisch und sozial gerechten Weltordnung“ die unterschiedlichen Ansätze zu bündeln.

Auch wenn der Kopenhagener UN-Gipfel in einigen Wochen aus der Aufmerksamkeit der medialen Öffentlichkeit verschwunden sein wird, die Klimagefährdung wird nicht abgewendet sein. Bestenfalls wird eine Etappe mit konkreten Minderungszielen verabredet werden. Internationaler Klimaschutz bleibt eine Daueraufgabe, die die sozialdemokratische Linke in den nächsten Jahren immer wieder thematisieren muss. Das Kunststück wird darin bestehen, diese zunächst umweltpolitische Frage mit anderen Politikfeldern zu verknüpfen. Klimapolitik muss immer die Kritik kapitalistischer Verhältnisse einbeziehen und in diesem Kontext analysiert werden. Die Umweltfrage beinhaltet immer auch eine soziale und beschäftigungspolitische Dimension! Gerade hier liegt die Aufgabe, die die politische Linke bewältigen muss. Es geht eben um Klima, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Nachhaltigkeit! ■

⇒ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

⇒ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.

⇒ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.